



Annelie Buntenbach  
Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands  
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

**Rede**

## **1. Mai: Unser Tag**

### **Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa**

DGB-Kundgebung  
1. Mai 2013 in Ingolstadt

Es gilt das gesprochene Wort!



Anrede,

ich freue mich sehr, dass so viele gekommen sind, um für gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa zu demonstrieren. Das ist eine klare Botschaft, und klare Botschaften können wir in diesem Jahr besonders gut brauchen.

Ja, wir wollen und wir brauchen mehr gute Arbeit in Deutschland und Europa. Und das heißt auch immer: Gutes Geld.

Ein Plus von 1,9 Prozent in der Metall-Tarifrunde – das ist von guter Bezahlung meilenweit entfernt. Das ist doch kein „Angebot“, sondern eine Frechheit!

Wir brauchen anständige Tariferhöhungen, in der Metallbranche wie auch in allen anderen Branchen – denn wir haben großen Nachholbedarf. Und ich bin sicher, das werdet Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen – vor allem von Audi und den anderen Metallbetrieben –, den Arbeitgebern noch bebiegen!

Die Kundgebungen heute hier – und im ganzen Land – sind auch ein klares Signal der Unterstützung für alle Kolleginnen und Kollegen, die jetzt in Tarifauseinandersetzungen stehen. Unsere solidarischen Grüße und viel Erfolg aus Ingolstadt!

Anrede

Ich bin froh, dass die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist, auch wenn sie noch lange nicht überall auf 2,5 % gesunken ist – wie hier in Ingolstadt. Und ich bin froh über das hohe Niveau bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Doch lassen wir uns nichts vormachen: Die Einschlüsse der Bankenkrise kommen näher – gerade in der Automobilindustrie. Die einseitige Sparpolitik in Europa würgt das Wachstum ab, sie würgt die Nachfrage ab, sie produziert im Süden Europas Arbeitslosigkeit in einem unvorstellbaren Ausmaß.

Wir sind hier in Deutschland bislang ganz gut durch die Krise gekommen. Das lag übrigens keineswegs an der Agenda 2010, wie uns jetzt so viele einreden wollen. Sondern das lag ganz wesentlich an der Kurzarbeit und Konjunkturprogrammen.

Aber wir leben nicht auf der Insel der Glückseligen. Wir leben mitten in Europa – und wir leben nicht zuletzt von der Nachfrage aus den europäischen Nachbarländern.

Und – auch wenn der Spruch nicht neu ist, bleibt er doch richtig: Autos kaufen nun mal keine Autos. Auch deshalb machen wir Druck in Europa. Denn Kürzungs- und Sparprogramme mitten in der Krise machen die Krise nur noch schlimmer.

Wenn sich hier der politische Kurs nicht schnell ändert, werden wir die Folgen auch in Deutschland spüren – und zwar auch auf dem Arbeitsmarkt.

Der DGB hat dafür konkrete Vorschläge auf den Tisch gelegt: Wir wollen einen Marshall-Plan für Europa – mit einem Fonds für Investitionen, für Wachstum und Beschäftigung, also einen Fonds für die Zukunft Europas.



Wir wollen dafür eine Abgabe auf hohe Vermögen. Die ganzen Lasten der Krise werden bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abgeladen, während die Reichen und Vermögenden bis jetzt nicht nur völlig ungeschoren durch die Krise gekommen,  
nein: Sie werden immer reicher.

Mit einer so ungerechten Verteilung der Lasten werden wir uns nicht abfinden! Da ist die Abgabe auf hohe Vermögen für die Zukunftsinvestitionen in Europa doch das Mindeste!

Die „Oberen 10.000“ – genauer gesagt, das oberste eine Prozent der Reichen – besitzen mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens in Deutschland. Und offenbar reicht es ihnen immer noch nicht: Beispiel Uli Hoeneß!

Man kann ja zu ihm stehen, wie man will: Aber dass Männer, die so steinreich sind, auch noch meinen, sie müssten ihr Geld in der Schweiz oder sonstwo bunkern und an der Steuer vorbeischleusen – das geht gar nicht.

Da helfen auch keine starken Sprüche – da hilft nur eins: Knallharte Steuerfahndung, mehr Personal und wasserdichte Gesetze.

Denn dass die Politik, dass der Gesetzgeber noch immer Steuerschlupflöcher offen lässt, ist der eigentliche Skandal. Schlupflöcher sind dazu da, dass sie auch genutzt werden – und da ist in Sachen Steuervermeidung ein ganzes Kartell von Briefkastenfirmen, Banken und findigen Anwälten unterwegs. Hier muss der Gesetzgeber ran.

Bei Hartz-IV-Beziehern wird inzwischen ja sogar noch mal extra hinter den Kranken hergeschnüffelt, da gibt es so viele Sanktionen und Kontrollen, die hätte sich nicht mal Orwell in seinen schlechtesten Träumen ausdenken können.

Ich bin überzeugt, wenn auch nur halb so viel Energie bei der Verfolgung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung eingesetzt würde, dann würde es bei uns viel gerechter zugehen.

Und nicht nur das: Wir hätten auch Milliarden mehr in den öffentlichen Kassen, die wir dringend brauchen – für anständige Schulen und Universitäten, Straßen, Krankenhäuser oder Kinderbetreuung. Denn das Geld fehlt an allen Ecken und Enden.

Wir haben inzwischen zwei Billionen Euro Schulden in Deutschland. Die „Oberen Zehntausend“ haben fünf Billionen reines Geldvermögen – und ich bin mir sicher: Denen würde eine Vermögensabgabe, eine Vermögenssteuer oder eine anständige Erbschaftssteuer sicher nicht weh tun, wahrscheinlich würden sie sie gar nicht erst merken.

Anrede

Was wir brauchen, ist ein politischer Kurswechsel.

In den letzten Jahren ist massiv umverteilt worden – und zwar von unten nach oben. Damit meine ich nicht nur den Wahnsinn, dass unsere schwarz-gelbe Regierung zwar Sparen predigt, aber den Hoteliers jedes Jahr eine Milliarde Euro in den Rachen wirft.

Für die, die sich vielleicht nicht mehr erinnern: Das war diese unglaubliche Lobby-



Nummer am Anfang dieser Legislatur, die wir der FDP verdanken. Einer der Gründe, warum sie uns überhaupt nicht lieb ist, aber sehr, sehr teuer!

Ich meine auch nicht nur die Milliarden für den unfasslichen Unfug „Betreuungsgeld“:

Oder kann mir jemand von Euch erklären, warum die Arztgattin am Starnberger See ein Betreuungsgeld bekommt, weil sie ihr Häschen nicht in den Kindergarten lassen will – und die Hartz-IV-Empfängerin in Milbertshofen findet keinen Job, weil es keinen Kita-Platz für ihr Kind gibt? So einen Unsinn können und wollen wir uns nicht leisten!

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um mehr: In den letzten Jahren sind die Reichen und die Unternehmen in dreistelliger Milliardenhöhe entlastet worden, während das öffentliche Leben nicht nur bei der Kinderbetreuung brachliegt – oder Stück für Stück privatisiert wird. Als nächstes noch die Wasserversorgung, wenn wir nicht gegenhalten!

Diese unsinnige Privatisierungssorgie kommt uns teuer zu stehen – das muss endlich ein Ende haben!

Und da will uns die Kanzlerin erklären, wir hätten über unsere Verhältnisse gelebt.

Wer solche Steuergeschenke an die Reichen und Unternehmen verteilt und dann erklärt, es wäre kein Geld da, und auch noch die Schulden nur bei uns eintreiben will, der hat jeden Sinn für Gerechtigkeit aus den Augen verloren. Nicht wir, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentner, oder Arbeitslose haben über unsere Verhältnisse gelebt, sondern das waren Banker, Spekulanten und Manager – neuerdings offenbar auch Fußball-Manager.

Aber es geht nicht allein um die Reichen, die die Regeln bei der Steuer brechen oder ausnutzen, sondern schon die Regeln selbst stimmen vorn und hinten nicht.

Hätten wir noch die Steuergesetze des Jahres 2000, kämen jedes Jahr 50 Milliarden mehr in die öffentlichen Kassen. 50 Milliarden, die dringend gebraucht werden – für Bildung, Infrastruktur, für einen funktionierenden Sozialstaat und handlungsfähige Kommunen!

Anrede

Es muss endlich Schluss sein damit, dass die Spaltung dieser Gesellschaft jeden Tag noch weiter vorangetrieben wird!

Das gilt auch für den Arbeitsmarkt. Denn dass die Arbeitslosenzahlen glücklicherweise gesunken sind, das zeigt nur die halbe Wirklichkeit. Obwohl wir zwei Millionen weniger Arbeitslose haben, leben heute mehr Menschen in Armut. Und das ist der eigentliche Skandal.

Die Schattenseite ist der unglaublich aufgeblähte Niedriglohnbereich, wo die Löhne unter der Grasnabe liegen und die Jobs unsicher und ohne Perspektive sind. Fast ein Viertel der Beschäftigten muss zu Niedriglöhnen arbeiten, Deutschland hat inzwischen den größten Niedriglohnbereich in ganz Europa!

Der Druck nach unten ist immens. Deshalb brauchen wir als allererstes einen existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn: Niemand darf unter 8,50 Euro pro



Stunde gedrückt werden.

Ich bin froh über jeden Branchenmindestlohn, der die Beschäftigten in den jeweiligen Bereichen vor Lohndumping besser schützt – und dass es ver.di jetzt gelungen ist, sogar im Friseurhandwerk abzuschließen, ist schon ein großer Erfolg. Aber Branchenmindestlöhne können den gesetzlichen Mindestlohn nicht ersetzen – das Problem sind ja gerade die weißen Flecken, die tariffreien Zonen, die Tarifflicht der Arbeitgeber.

Wir wollen auch dieses Schlupfloch schließen. Kein Lohn unter 8,50 Euro in Deutschland.

Die Bundeskanzlerin hat vor kurzem behauptet, die Krise in Spanien läge nicht zuletzt an deren Mindestlohn. Das ist gefährlicher Unsinn, der Mindestlohn in Spanien beträgt 3,91 Euro und hat sicher nicht die Immobilien- und Bankenkrise ausgelöst, unter der Millionen von Menschen leiden.

Das zeigt aber auch: Wir sind noch lange nicht durch, wir haben zwar in der Frage des Mindestlohnes schon viel erreicht, die Bevölkerung steht hinter uns. Aber die Politik müssen wir weiter unter Druck setzen, da müssen wir dran bleiben – wir wollen den Mindestlohn endlich im Gesetzblatt sehen!

Anrede

wir wollen nicht nur den Mindestlohn, wir wollen eine Neue Ordnung der Arbeit.

Das Wichtigste ist die Stärkung des Tarifsystems und der Mitbestimmung.

Woran liegt es denn, dass die Gewerkschaften bei den Tariflöhnen zwar in den letzten Jahren eine durchaus gute Entwicklung erkämpft haben, aber die Löhne insgesamt nach wie vor im Sog nach unten sind? Das liegt an der Tarifflicht vieler Arbeitgeber und an systematischem Lohndumping, gesetzlich begünstigt und staatlich subventioniert.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land leisten gute Arbeit, aber viele Arbeitgeber tun das nicht.

Den frühkapitalistischen Unsitten, die nicht nur bei Amazon eingerissen sind, muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden!

Beispiel Leiharbeit: Bei dem massenhaften Einsatz von Leiharbeit geht es nicht um das flexible Abfedern von Produktionsspitzen. Wenn die rechte Autotür für 16 Euro die Stunde eingebaut wird und die linke über Leiharbeit für 10 Euro, dann ist doch völlig klar, worum es geht: um Lohndrückerei und nichts anderes!

Mit organisierter Lohndrückerei, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mit Beschäftigungsverhältnissen zweiter Klasse, oder genauer gesagt mit zwei Klassen von Beschäftigten werden wir uns nicht abfinden – wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit, auch in der Leiharbeit!

Hier ist und bleibt der Gesetzgeber gefragt, auch wenn wir als Gewerkschaften inzwischen schon in einigen Branchen und Betrieben Verbesserungen haben erkämpfen können. Aber das geht gerade da nicht, wo die Missstände und die Erpressbarkeit am größten sind, wo oft kein Tarifvertrag oder Betriebsrat existiert –



da muss der Gesetzgeber klare Verhältnisse schaffen:

Schließt auch hier die Schlupflöcher – und zwar wasserdicht:

1. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das muss für alle gelten!
2. Leiharbeit darf nicht auch noch für Streikbruch missbraucht werden – auch diese Lücke muss geschlossen werden.

Anrede

nach der Leiharbeit haben die Arbeitgeber inzwischen die Werkverträge entdeckt, um die Löhne systematisch zu drücken. Aufträge werden – wie am Bau üblich – durch Subunternehmerketten bis in die sechste oder siebte Stufe weitervergeben, wo dann am Schluss der ungarische oder weißrussische Kollege um seinen Lohn geprellt und ausgewiesen wird, bevor er verstanden hat, wie ihm geschieht.

In der Fleischindustrie werden die Leute als Werkvertragsnehmer von der Mafia in den Betrieb zum Knochenjob angeschleppt. Oder aber die selbständige Regaleinräumerin im Supermarkt, die sich mit Hungerlöhnen durchschlagen muss.

Mit solch erbärmlichen Ausbeutungsmethoden muss endlich Schluss sein! Diese ganz und gar nicht schöne neue Arbeitswelt braucht neue Regeln, die sicherstellen, dass die Würde der Menschen, die in ihr arbeiten, wieder respektiert wird.

Wir brauchen eine neue Ordnung der Arbeit – und dazu gehören als Erstes:

- Der Mindestlohn von 8,50 Euro muss endlich ins Gesetzblatt, und zwar sofort!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, auch bei der Leiharbeit!
- Der Missbrauch von Werkverträgen muss eingedämmt werden!

Und last but, not least: Minijobs müssen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden, und es muss endlich Schluss sein mit der Diskriminierung von Frauen beim Entgelt!

Es sind ja gerade die Frauen, die in schlecht bezahlte Jobs mit abenteuerlichen Arbeitszeiten abgedrängt werden und oft keine Chance haben, aus dem Niedriglohnbereich oder dem Minijob herauszukommen.

Und genau da hängen sie fest, 70 Prozent derjenigen, die im Niedriglohnbereich arbeiten, sind Frauen. Und es sind auch Frauen, die den allergrößten Teil der inzwischen sieben Millionen Minijobs haben.

In manchen Branchen sind ja kaum noch andere Jobs zu finden – in der Gastronomie, in der Gebäudereinigung, im Handel.

Über Minijobs werden systematisch die Löhne gedrückt, reguläre Arbeit als Aushilfstätigkeit bezahlt, unbezahlte Überstunden reingewürgt, um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Urlaubsgeld betrogen.

Das sind unhaltbare Zustände – eine Reform der Minijobs ist überfällig, sie müssen



endlich in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt werden!

Die Gewerkschaften haben hier einen konkreten Vorschlag auf den Tisch gelegt, dafür erwarten wir Unterstützung aus der Politik!

Anrede

Wir müssen die Wahlkämpfe jetzt nutzen, um an jeder Stelle, bei jeder Gelegenheit Druck zu machen für eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt, für die ganz praktischen, konkreten Schritte, die lange überfällig sind – da setze ich auf Eure Unterstützung!

Nicht erst zum 10. Jahrestag der Agenda 2010 ist klar: Die Ausweitung des Niedriglohnbereichs, der Druck nach unten ist nicht Teil der Lösung, sondern das Problem, denn das führt zu einer massiven Spaltung des Arbeitsmarkts und der Gesellschaft.

50 Prozent der Menschen in Deutschland besitzen gerade einmal ein Prozent des Vermögens – und die Ärmsten werden auch noch ärmer.

Doch was macht Kanzlerin Merkel? Sie ist dabei, die Agenda 2010 nach ganz Europa zu exportieren. Das wird Europa nicht aus der Krise führen, sondern zutiefst spalten.

Wenn aber die Menschen – und das sehen wir gerade in Südeuropa – die Hoffnung und Perspektive verlieren, dann ist das Wasser auf die Mühlen von Nationalisten und, wie sich in Griechenland zeigt, auch von Faschisten. In Athen prügelt die „Partei der griechischen Morgenröte“ jede Nacht aufs übelste Migrantinnen und Migranten durch die Straßen, inzwischen hat sie in verschiedenen europäischen Städten Filialen aufgemacht, eine davon in Nürnberg.

Zu einer Demokratie, die sich selbst ernst nimmt, gehört, dass sich jeder und jede, gleich welcher Hautfarbe zum Beispiel oder sexueller Orientierung an jeder Stelle und zu jeder Zeit frei bewegen kann, ohne um Leib und Leben fürchten zu müssen – dieses Grundrecht müssen wir in Deutschland, in Europa auf allen Ebenen verteidigen und durchsetzen!

Anrede,

seit anderthalb Jahren sind inzwischen die Morde des so genannten Nationalsozialistischen Untergrunds bekannt. Jetzt redet alle Welt darüber, wer den Prozess gegen Zschäpe anschauen darf. Das ist wichtig, keine Frage. Aber viel wichtiger wäre es doch, endlich politische Konsequenzen aus diesen Morden zu ziehen!

Wie werden die Sicherheitsapparate umgebaut, damit nächstes Mal nicht wieder die Opfer für die Täter gehalten werden? Wie werden den Nazis Grenzen gesetzt, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus gefördert? Darauf brauchen wir Antworten, damit dieselben tödlichen Fehler nicht morgen wieder passieren!

Wir müssen Nazis klar und eindeutig entgegentreten – das gilt für die Regierung, für die Sicherheitsapparate, für alle politischen Ebenen. Und hier ist ein erster wichtiger Schritt, die NPD endlich zu verbieten. Gut vorbereitet, damit es nicht wieder schief gehen kann.



Und: Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wissen schon lange: Wo viele engagierte Demokratinnen und Demokraten sich bewegen, ist für Nazis kein Platz. Und zwar kein Fußbreit!

Dahinter steht eine sehr leidvolle Erfahrung: Morgen, am 2. Mai jährt sich zum 80. Mal der Sturm der Nationalsozialisten auf die Gewerkschaftshäuser, die Zerschlagung der freien Gewerkschaften.

Die Nazis haben die Welt mit Krieg und millionenfachem Tod überzogen, systematisch Juden, Roma, politische Gegner gefoltert, in KZs gesperrt und umgebracht, darunter viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Daran die Erinnerung wach zu halten, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine lebendige Mahnung, die uns verpflichtet, auch den Anfängen immer wieder entgegenzutreten.

Anrede,

Gewerkschaften stehen für echte Demokratie, für demokratische Beteiligung im Betrieb und in der ganzen Gesellschaft. Uns geht es um eine Gesellschaft, in der jeder und jede die Chance hat, auf Augenhöhe teilzuhaben, um eine Gesellschaft, in der die Würde der Menschen respektiert wird.

Würde, das heißt auch Würde im Alter. Und das heißt, niemand, der jahrzehntelang gearbeitet hat, ob nun bei Audi, auf dem Bau, als Verkäuferin, in der Altenpflege oder wo auch immer, niemand darf dann im Alter noch aufs Amt geschickt werden!

Wer jahrzehntelang geschuftet hat, hat ein Recht auf eine Rente, von der man im Alter in Würde leben kann!

Heute ist die Rente für viele schon knapp, vor kurzem hat mir eine Kollegin ihren Rentenbescheid gezeigt: 632 Euro, und das nach 40 Jahren Vollzeit als Floristin. Das ist doch ein Skandal!

Aber in Zukunft wird das noch viel schlimmer werden, mit dem riesigen Niedriglohnbereich, wo es zum Leben kaum reicht, geschweige denn, um fürs Alter was aufzubauen – und den massiven Rentenkürzungen, die die Politik beschlossen hat, auf der anderen Seite.

Diese Rentenkürzungen treffen übrigens nicht nur die Kolleginnen und Kollegen am unteren Ende, für die wird es besonders hart, sondern die treffen alle, auch Durchschnittsverdiener.

Die hätten 150 Euro weniger, und zwar jeden Monat, wenn das Rentenniveau weiter so gesenkt wird und wir heute schon bei 43 Prozent wären, die uns in Zukunft drohen. Da blieben dann nach 40 Jahren Maloche gerade noch 950 Euro Rente, im Osten 850.

Für die, die im Durchschnitt verdienen, und Ihr wisst, da liegen viele, viele drunter, die Floristin mit ihren 632 Euro heute hätte dann noch ganze 506 Euro im Monat übrig.

Deshalb muss endlich Schluss sein mit den Rentenkürzungen!

Die Politik muss hier endlich handeln, mit Reformen bei der Rente und Reformen am Arbeitsmarkt, damit nicht Millionen in Zukunft im Alter abstürzen!



Nun hat sich Frau von der Leyen ja als große Vorkämpferin gegen die drohende Altersarmut aufgespielt. Die Inszenierung war hervorragend, wie immer bei ihr, das praktische Ergebnis saumäßig, auch das leider wie immer.

Diese schwarz-gelbe Regierung hat nichts, aber auch gar nichts geregelt bekommen zur Bekämpfung von Altersarmut, aber was sie geschafft hat: Sie hat die Sache noch schlimmer gemacht. Sie hat den Rentenbeitrag gesenkt und damit den Sturzflug der Rente weiter beschleunigt.

Dabei ist es dringend nötig, diesen Sturzflug zu stoppen, und zwar sofort, und das Rentenniveau zu stabilisieren, wenigstens auf dem heutigen Niveau!

Dieser Sturzflug zeigt auch heute schon Wirkung: Die Mini-Rentenanpassung von 0,25 % im Westen fällt nicht etwa deshalb so unterirdisch aus, damit die Ostrentner mehr bekommen.

Nein, Schuld sind die vielen Kürzungsfaktoren, durch die das Niveau insgesamt gedrückt wird – ohne die wären die Renten auch im Westen mindestens 1,5 % mehr gestiegen.

Das wäre wenigstens in der Höhe der Inflationsrate.

Aber so – durch die Kürzungen – wird massenhaft Kaufkraft vernichtet und die Rentnerinnen und Rentner werden immer weiter angehängt.

Das wollen wir ändern – heute die Rente von Morgen sichern, mit einem anständigen Rentenniveau und ohne die Rente mit 67 – das geht.

Anrede

wir wollen hier schon lange einen Kurswechsel. Aber immer, wenn wir eine bessere Absicherung fürs Alter fordern, kommt von den Arbeitgebern und aus der Politik: KEIN GELD!

Doch das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist schlicht falsch – und zieht nicht mehr.

Wir haben im letzten Jahr ein Modell entwickelt, sauber durchgerechnet, einfach und bezahlbar. Wenn wir den Beitragssatz jedes Jahr nur ein bisschen anheben und die Arbeitgeber die Hälfte mitzahlen, können wir das Rentenniveau locker halten.

Wir müssen die Beiträge nicht einmal stärker erhöhen als es die Regierung sowieso plant – nur früher damit anfangen. Vorsorgen, nur eben nicht jeder einzeln und privat, sondern in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Reserve aufbauen.

Durchschnittsverdiener/innen kostet die Sicherung des Rentenniveaus 4 Euro und 5 Cent im Monat. Mit diesen 4,05 Euro vermeiden sie das dicke Minus von über 150 Euro später bei der Rente. Ich finde, das ist eine sehr überzeugende Rechnung. Und die ist wirklich generationengerecht.

Spätestens seit dem Crash am Finanzmarkt ist doch klar, das Roulette am Aktienmarkt taugt nicht für die Alterssicherung. Wir brauchen eine starke, gesetzliche Rentenversicherung.

Die müssen wir zukunftsfest machen: mit einer Demografie-Reserve, und zwar paritätisch finanziert!



Mit unserem Rentenmodell stabilisieren wir das Rentenniveau – und damit geht noch mehr:

Wir können zusätzlich die Erwerbsminderungsrente ordentlich aufbessern – was dringend nötig ist – und die Rente mit 67 stoppen.

Das sind erste Schritte, die nach der Wahl sofort umgesetzt werden müssen.

Und wenn wir dann den Arbeitsmarkt in Ordnung bringen und später mal alle, auch die mit den Kapitaleinkünften, Beamte, Politiker in die Rentenversicherung einzahlen, können wir die Rente auf lange Zeit sichern – auch wenn die Gesellschaft altert.

In diesem Zusammenhang hat mich eins vor kurzem so richtig zornig gemacht:

So einen Bockmist wie die Rente mit 67 zu beschließen, ist ja schon schlimm genug, aber uns dann auch noch einreden zu wollen, wir hätten gar kein Problem, sondern alles läuft prima für die Älteren am Arbeitsmarkt – sagt mal, für wie blöd halten die uns eigentlich?

Wir sehen doch jeden Tag, wer es auf den letzten Metern seines Arbeitslebens nicht schafft, gar nicht schaffen kann – der Schichtarbeiter, die Krankenschwester, der Maurer, die Erzieherin, der Krankenpfleger oder der Stahlkocher. Das geht doch nicht einmal bis zur 65 gesund in Lohn und Brot, geschweige denn bis zur 67!

Die Kluft zwischen dem Ende des Arbeitslebens und dem Anfang der Rente wird immer größer, und wer hier abstürzt, weil er gesundheitlich nicht mehr kann oder keinen Job mehr findet, dessen ganze Lebensleistung wird auf den letzten Metern entwertet!

Deshalb brauchen wir ein realistisches Renteneintrittsalter, und das ist sicher nicht die 67, die ist und bleibt für all die, die es nicht schaffen können, eine reine Rentenkürzung!

Nun weiß ich auch, dass wir in der Politik für die Abschaffung der 67 keine Mehrheit haben –, aber wer hier nicht dran will, der soll sich nicht auch noch die Welt auf unsere Knochen schön reden, sondern wenigstens praktisch etwas dafür tun, dass die Menschen nicht kurz vor der Rente abstürzen.

Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz, mehr Prävention und klare Regeln, zum Beispiel, um Stress und Burnout zu vermeiden.

Wir brauchen aber genauso abgesicherte Übergänge von der Arbeit in die Rente, Altersteilzeit, Teilrente, Übergangsgeld, raus nach 45 oder gar 40 Versicherungsjahren – da gibt es viele Wege.

Klar, da passt nicht jede Option für jeden, aber für jeden muss was Passendes dabei sein.

Hier stehen die Arbeitgeber genauso in der Pflicht wie die Politik, und aus dieser Pflicht werden wir sie auch nicht entlassen. Denn nur aus guter Arbeit kommt man auch gut in Rente!



Anrede

Der Wahlkampf steht vor der Tür, im Bund, aber auch in Bayern.

Lasst uns die Wahlkämpfe nutzen, um unsere Forderungen für gute Arbeit, sichere Rente, soziales Europa und einen handlungsfähigen Staat ganz nach vorn zu schieben – ich weiß, das sind alles dicke Bretter, aber wir sind schon ein gutes Stück vorangekommen und dürfen den Bohrer jetzt nicht aus der Hand legen.

Wir haben in der Bevölkerung eine breite Unterstützung für unsere zentralen Forderungen, das müssen die Kandidatinnen und Kandidaten auch wirklich merken.

Nur das, was wir heute als Thema in der Öffentlichkeit, im Betrieb, auf den Marktplätzen, bei den Veranstaltungen setzen können, nur das, wofür wir jetzt Druck aufbauen können – und da baue ich auf Eure Unterstützung – das hat eine Chance darauf, dass hier nach der Wahl auch wirklich was passiert.

Und alle, die uns im Wahlkampf was Schönes versprechen, von denen werden wir es nach der Wahl auch fordern.

Da müssen wir dranbleiben, und so nah hinter den Politikerinnen und Politikern stehen, dass sie keine Chance haben, wieder umzufallen!

Es gibt viel zu tun für eine gerechtere Republik, in den Tarifrunden, in den Wahlkämpfen – ich wünsche uns allen dabei viel Erfolg!